

Wahlprogramm der Mitte Links-CSP (ML-CSP) 2021-2026: «Geben wir unserem Kanton eine andere Richtung»

Angenommen von der DV vom 10. September 2021 in Granges-Paccot

1. Eine gerechtere Gesellschaft: Ein neuer Start und Wiederaufbau nach der Covid-19-Krise

KANTONALER FÖRDERPLAN

Der Kanton muss vorrangig einen Förderplan aufstellen, um den anhaltenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu begegnen. Dieser Plan sollte die folgenden Elemente enthalten:

Beschleunigung der Energiewende und Konsolidierung der lokalen Wirtschaft

Stärkung und Umsetzung der geplanten Energiestrategie bei gleichzeitiger Koordinierung der kantonalen Ressourcen, um auf den Klimanotstand und die Herausforderungen im Energiebereich zu erschwinglichen Preisen zu reagieren (Kohlenstoffneutralität bis 2040 und 2000-Watt-Gesellschaft bis 2050); Entwurf einer Strategie für eine kreislauforientierte, lokale, solidarische und umweltfreundliche Wirtschaft.

Finanzielle Hilfen ausweiten

Die Bemühungen zur Unterstützung von Menschen und Organisationen fortsetzen, die durch die Covid-Krise in eine prekäre Lage geraten sind: gezielte Unterstützung von sozialen, kulturellen und sportlichen Vereinen zur Aufrechterhaltung der Gesundheit und des sozialen Zusammenhalts; für Berufsleute die gewährte Unterstützung so lange wie nötig verlängern, insbesondere im Bereich der Kultur, des Sportes, des lokalen Handels und der Restaurants.

Stellenförderung

Sofort und in einer Logik der Nachhaltigkeit die geplanten Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Diese Grossbaustellen schaffen Arbeitsplätze. Neue Arbeitsplätze sollen geschaffen werden – vor allem in der Energiewende und der Kreislaufwirtschaft.

FAMILIENPOLITIK

Als grundlegendes Element unserer Gesellschaft muss die Familie - ob traditionell, alleinerziehend, gemischt oder mit unverheirateten Eltern und Kindern - im Zentrum einer kantonalen Familienpolitik stehen. Das bedeutet, dass in allen Bereichen des staatlichen Handelns die Bedürfnisse der Familie als gesellschaftliche Einheit in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit, Planung, Sicherheit, Justiz und Finanzen berücksichtigt werden müssen.

Die Kinderzulagen sollen den effektiven Kosten der Kinderbetreuung, die auf Fr. 400.- pro Monat veranschlagt werden, viel besser Rechnung tragen. **Familien** mit bescheidenem Einkommen sollten in den Genuss von **Ergänzungsleistungen** kommen, die ihnen ein Minimaleinkommen garantieren

Nach jahrelangem Zögern seit der Vorlage des Vorschlags durch die **ML-CSP** im Jahr 2010 und dem Einsatz aller parlamentarischen Instrumente durch unsere GrossrätInnen hat das Engagement unserer Partei zugunsten von Ergänzungsleistungen für Familien mit bescheidenem Einkommen Früchte getragen: Der Gesetzesentwurf befindet sich in der Vernehmlassung. Wir fordern den Staat auf, sein Projekt zu verbessern, indem er die von unserer Partei ausgearbeiteten spezifischen Vorschläge berücksichtigt, insbesondere die Altersgrenze von 8 Jahren, die in der täglichen

Anwendung sinnlos ist. Die Umsetzung dieser Ergänzungsleistungen muss eine Priorität der neuen Legislaturperiode sein.

Die Zahl der Plätze in Institutionen, die Kinder im Vorschulalter aufnehmen (Krippen, Tagesmütter, ausserschulische Betreuung) genügt bei Weitem nicht, und diese sind für viele Eltern unerschwinglich. Kanton und Gemeinden, aber auch die Wirtschaft, die davon reichlich profitiert, müssen zu einer Verbesserung des Angebotes beitragen. Das neue Gesetz zur ausserfamiliären Betreuung soll dem besser Rechnung tragen.

Der Kanton Freiburg ist einer der wenigen Kantone ohne aktive Wohnungspolitik. Die **ML-CSP** setzt sich für die Schaffung eines solchen Gesetzes in unserem Kanton ein. Dieses Gesetz sollte Anreize enthalten und gleichzeitig eine ausgewogene soziale Mischung in den Quartieren und Dörfern gewährleisten. Andererseits müssen die vorhandenen finanziellen Mittel für diesen Zweck genutzt werden.

GESUNDHEITSPOLITIK

Die Subventionen für die Krankenkassenprämien sollen in erster Linie die Prämien von Personen mit niedrigem Einkommen und von Familien senken. Der Kanton sollte, wenn nötig gemeinsam mit anderen Kantonen, eine öffentliche Krankenkasse schaffen.

Die Spitalplanung muss eine rationelle Verwaltung und qualitativ hochstehende medizinische Versorgung anvisieren. Sie sollte ebenfalls Behandlungen in Parallelmedizin oder Naturheilkunde vorsehen. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Spitälern und privaten Kliniken muss intensiviert werden, ohne eine "Businessmedizin" zu fördern.

Der Massnahmenplan von Senior+ soll gemäss dem vorgegebenen Zeitrahmen und den gesetzten Prioritäten umgesetzt werden. Um die hohen Kosten zu vermeiden, welche die Unterbringung von pflegebedürftigen Personen in entsprechenden Institutionen verursacht, sollten pflegende Angehörige, die solche Personen betreuen, angemessen entschädigt werden. Durch die Errichtung von Tagesstätten für betreuungsbedürftige Personen, die Entwicklung von Hilfsmitteln für den Alltag sowie die Unterstützung verschiedener Ablösedienste könnten Familien zusätzlich entlastet werden.

Die verschiedenen privaten Institutionen, die sich für Jugendliche sowie für alte, behinderte oder sonst ausgegrenzte Menschen einsetzen, sollen für ihre Aufgaben mit Leistungsaufträgen betraut werden, die ihre Aufwendungen decken und ihnen eine weitgehende Autonomie gewähren, ohne jedoch die Kontrolle der Zielerreichung zu vernachlässigen. Heute fehlen im Kanton Freiburg 50 Plätze in Sozialinstitutionen, welche geschaffen werden sollten. Behinderte Personen, welche selbständig leben könnten, sollen durch Assistenzbeiträge der IV unterstützt werden.

Auch Betreuungsmöglichkeiten und ambulante Dienste suchtabhängige, behinderte und demente oder pflegebedürftige ältere Personen (Alzheimer, Parkinson, usw.) sollen auf der Basis von Leistungsvereinbarungen unterstützt und finanziert werden.

2. Beschleunigung der Energiewende: Ein CO₂-neutraler Kanton bis 2040

KLIMAPOLITIK

Die durch menschliche Aktivitäten verursachten Treibhausgasemissionen sind für den Klimawandel verantwortlich. Die durch den sich beschleunigenden Klimawandel verursachten Schäden werden immer grösser, wiederkehrender und schwerwiegender.

Unser Kanton hat die Pflicht, seinen Beitrag zu leisten. Die **ML-CSP** setzt sich ein,

Kantonales Wahsprogramm der Mitte Links-CSP Freiburg für die Legislatur 2021-2026

- um die Treibhausgasemissionen bis 2026, d.h. bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode, um 50 % zu reduzieren
- um bis 2040 kohlenstoffneutral zu werden,
- um bis 2030 eine 4.000-Watt-Gesellschaft und bis 2050 eine 2.000-Watt-Gesellschaft aufzubauen.

Diese Strategien müssen von ehrgeizigen und erreichbaren Jahreszielen begleitet werden.

RAUMPLANUNG

Der kantonale Richtplan muss eine kohärente Raumplanung gewährleisten, die eine qualitative Verdichtung der bebauten Umwelt in Ortschaften, städtischen Zentren, Agglomerationen und Aktivitätszonen ermöglicht. Sie zielt insbesondere darauf ab,

- die Zersiedelung zu stoppen,
- Land und biologische Vielfalt zu erhalten,
- die Energieabhängigkeit zu verringern,
- die Abhängigkeit vom motorisierten Einzelverkehr zu verringern und gleichzeitig die richtigen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs und der aktiven Mobilität zu schaffen.

Arbeitszonen (Gewerbegebiete) sollten auf regionaler Ebene geplant und verwaltet werden, in der Nähe von Verkehrsachsen, mit Anschluss an den öffentlichen Verkehr und unter Berücksichtigung der Anbindung an den Schienenverkehr für den Güterverkehr.

Der Kanton sollte sein Abgeltungs- und Mehrwertsteuersystem mit einer Verdichtungssteuer ergänzen, die auch die Wertschöpfung von Verdichtungsprojekten erfasst.

MOBILITÄT

Unser Kanton muss seine Anstrengungen zur Schaffung eines CO₂-neutralen, effizienten regionalen und städtischen öffentlichen Verkehrsnetzes, das die Regionen verbindet und die städtischen Zentren entlastet, priorisieren und verstärken.

Die aktive Mobilität (zu Fuss gehen und Rad fahren) muss entwickelt werden, wobei die kombinierte Mobilität (Schnittstelle zwischen verschiedenen Verkehrsträgern) nicht vergessen werden darf.

Ein leistungsfähiges kantonales Velonetz, das die Gemeinden miteinander verbindet und das Velotourismusnetz ergänzt, muss gemäss dem Volkswillen, der in der Annahme der Velo-Initiative zum Ausdruck kommt, geschaffen werden.

Der Mobilitätsplan der kantonalen Verwaltung muss unverzüglich überarbeitet werden, um ihn vorbildlich und klimaverträglich zu gestalten.

Die Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung über die Grösse von Privat- und Firmenparkplätzen müssen revidiert werden, um Bedingungen zu schaffen, die der Entwicklung der sanften Mobilität und des öffentlichen Verkehrs förderlich sind.

Wir wollen, dass unser Kanton die Projekte zur Verkehrsberuhigung und zur aktiven Mobilität in den Gemeinden beschleunigt, indem er einen permanenten Fonds für den Unterhalt des kantonsweiten Fusswegnetzes schafft. Diese Massnahmen müssen Vorrang vor dem Bau neuer Strassen oder Umfahrungsstrassen haben, die, wenn sie gebaut werden, Begleitmassnahmen beinhalten müssen.

Schliesslich sollte sich der Kanton Freiburg an Projekten des Bundes beteiligen, die Mobility Pricing testen.

BIODIVERSITÄT

Die Erhaltung der biologischen Vielfalt muss ebenso wie die Erhaltung der landwirtschaftlichen Flächen oberste Priorität haben. Die Anstrengungen zur Unterstützung der Umstellung auf den ökologischen Landbau müssen verstärkt werden, insbesondere um unser Wasser zu erhalten, dessen Sammlung, Verteilung und Reinigung in öffentlicher Hand bleiben muss. Die Revitalisierung und Wiederherstellung unserer Gewässer und Böden in ihrem natürlichen Zustand muss unterstützt werden.

Die Sammlung, Verteilung und Aufbereitung von Wasser müssen in öffentlicher Hand bleiben.

ENERGIE

Unser Kanton muss eine ehrgeizige Energiestrategie verabschieden, um seinen Energieverbrauch bis 2040 um 60 % zu senken.

Innerhalb desselben Zeitrahmens muss sie ihren Energiebedarf hauptsächlich aus erneuerbaren Quellen decken. Sie wird Subventionen für Projekte zur Energieeinsparung und zur Erzeugung erneuerbarer Energien beibehalten und ausbauen. Sie setzt so bald wie möglich die Nutzung von Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Erzeugung von Wärme und photovoltaischem Strom um.

Wo immer möglich, sollten Hochspannungsleitungen erdverlegt werden.

ABFÄLLE

Unser Kanton muss eine Strategie verabschieden, die darauf abzielt, die von der Bevölkerung und der Wirtschaft produzierte Abfallmenge bis 2040 um 50% zu reduzieren. Diese Strategie integriert die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft, die Rückgewinnung von Rohstoffen durch Recycling oder, wo dies nicht möglich ist, die Rückgewinnung von Energie aus Abfällen. Sie umfasst auch Anreize und Sensibilisierungsmassnahmen.

Die kantonale Abfallstrategie ist auch Teil des Bestrebens, Massnahmen umzusetzen, die es ermöglichen sollen, die Lebensdauer unserer Deponien zu verlängern, neue Deponien möglichst zu vermeiden und den Abfalltourismus zu unterbinden.

Die Sanierung der Deponie von La Pila und anderer verschmutzter Standorte muss so schnell wie möglich nach dem Verursacherprinzip erfolgen.

Schliesslich muss auch die Abfallwirtschaft unter öffentlicher Kontrolle bleiben.

3. Ausbildung und gute Arbeit müssen dazu beitragen, den digitalen Kanton Freiburg von morgen zu gestalten

Die Digitalisierung ist die grosse Herausforderung für die Gesellschaft und Wirtschaft von morgen: Kinder müssen mit dem Ziel ausgebildet und vorbereitet werden, die Digitalisierung als Chance zu begreifen und nicht nur als einen technologischen Prozess, der diejenigen ausschliesst, die nicht mehr "up to date" sind. Es reicht nicht aus, sich auszurüsten, wir müssen uns auf die Nutzung und Anwendung der Digitalisierung vorbereiten und sie verstehen.

SCHULEN

Damit die Schülerinnen und Schüler unseres Kantons weitgehend dieselben Startchancen haben und um allen einen erleichterten Kindergarteneintritt zu ermöglichen, sind niederschwellige präventive Frühförderungsangebote (Psychomotorik als Ergänzung zu den derzeitigen Leistungen der Logopädie und Psychologie) nötig. Dazu soll ein ganzheitliches kantonales Konzept erstellt werden.

Allgemein soll sich die Schule der kulturellen Globalisierung sowie der Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen anpassen sowie die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit unterstützen. Die Selbständigkeit des Kindes ist zu fördern, aber die Schule muss auch die Unterschiede berücksichtigen und ihm helfen, seine Begabungen und Fähigkeiten bestmöglich zu entfalten. Dabei sind integrierende Lösungen separierenden vorzuziehen. Trotz diesem Grundsatz soll eine Durchlässigkeit zwischen den Systemen gewährleistet sein. Dabei ist der Einbezug der Eltern unerlässlich. Zudem soll auch auf die Gesamtsituation der Klasse Rücksicht genommen werden.

Aus präventiver Sicht befürworten wir den Einsatz von SozialarbeiterInnen in Schulen.

Für Kinder mit Behinderungen müssen die notwendigen Mittel zur Unterstützung bereitgestellt werden, um die ohnehin schon mit schwierigen Situationen konfrontierten LehrerInnen nicht zu überfordern. Alle Mittel der Sonderpädagogik müssen den normalen Klassen zur Verfügung gestellt werden.

Die Gemeinden sollten eine optimale Infrastruktur bereitstellen und eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Schulbehörden gewährleisten.

Gemeinden mit unzureichenden ausserschulischen Angeboten müssen schnell handeln. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und ausserschulische Betreuung sollte intensiviert werden.

Die Klassengrösse ist in Primarschulen auf 25 und in Kindergärten auf 20 Schüler zu begrenzen. Im Übrigen sind bei der Festlegung der Klassengrössen fremdsprachige und behinderte Kinder zu berücksichtigen. Ebenso sollten die OS eine angemessene Grösse beibehalten und nicht institutionellen Zwängen, wie etwa Bezirksgrenzen, unterworfen sein. Um die Kohärenz in der obligatorischen Schule zu gewährleisten, schlägt die [ML-CSP](#) vor, die OS zu kantonalisieren.

Die Schule soll das Verständnis zwischen den beiden Sprachgemeinschaften und die Zweisprachigkeit fördern, indem sie Schüleraustausch und zweisprachige Schulklassen auf allen Schulstufen und in der Berufsausbildung ermöglicht. Die Mehrsprachigkeit ist ebenfalls zu fördern.

Schlussendlich soll die Schule jede Schülerin und jeden Schüler erfolgreich zum erfolgreichen Abschluss der elfjährigen Grundschulbildung führen und damit den Übergang zur dualen Bildung oder weiterführenden Schulen sicherstellen. "Kein Abschluss ohne Anschluss!"

BERUFLICHE AUSBILDUNG UND ARBEIT

Die Gemeinschaft soll allen Menschen erlauben, eine berufliche Tätigkeit ihrer Wahl auszuüben, die es ihnen gestattet, würdig zu leben. Da sich die Wirtschaft zuerst die erfahrenen und "rentablen" Arbeitskräfte aussucht, sollen diejenigen, die ihre Stelle verlieren, Anrecht auf den Rat und die Hilfe von Vermittlungsdiensten haben (öffentliche und private). Besondere Massnahmen sind zugunsten

von Ausgesteuerten und speziell von über 50- Jährigen zu ergreifen. Die Organisationen, welche sich um stellensuchende Personen kümmern, müssen speziell unterstützt werden.

Die Weiterbildung muss systematisch ausgebaut werden, um zu vermeiden, dass Arbeitnehmende, die ihr Bestes gegeben haben, aufgrund ihres Alters oder aufgrund grösserer Veränderungen ihrer Arbeitsplätze, insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung, auf der Strecke bleiben. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Berufsausbildung von Menschen mit Behinderungen gewidmet werden. Die spezialisierte Berufsbildung muss auch finanziell ausreichend unterstützt werden, um eine Betreuungsqualität zu gewährleisten, die derjenigen der Freiburger Sozialeinrichtungen entspricht.

Bei den Arbeitsbedingungen und Löhnen muss die Gleichbehandlung von Männern und Frauen beachtet werden. Zudem sollen Teilzeitstellen gefördert werden, um all jenen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, die sich die familiären Aufgaben teilen möchten.

Der "Service Check" soll stark gefördert werden und damit zu einer Sensibilisierung führen, welche einen wirksamen Kampf gegen die Schwarzarbeit bei den Haushalthilfen und kleinen Nebenjobs ermöglicht.

Es sollte ein minimales Integrations-Einkommen eingeführt werden, und die Wirksamkeit von beruflichen Integrationsmassnahmen sollte untersucht werden. Wo die Integration nicht möglich ist, sollten Massnahmen entwickelt werden, um die neuen Formen von Armut zu beseitigen.

Die öffentliche Hand sollte die Schaffung von Lehrstellen fördern und die Ausbildung von sozial schwächeren Jugendlichen durch Vor-Lehren und Attest-Ausbildungen unterstützen. Sprachkurse für ausländische Arbeitnehmer werden ihre Integration und Ausbildung erleichtern.

Das Personal der öffentlichen Spitäler muss weiterhin nach dem Status des Staatspersonals beschäftigt werden, d.h. das Gesetz über das Staatspersonal muss anwendbar sein. Die Logik des öffentlichen Dienstes muss beibehalten werden, um insbesondere die Ausbildung des Personals zu gewährleisten. Die **ML-CSP** fordert den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags (GAV) für die privaten Spitäler und Kliniken unseres Kantons.

Ausbildungsstipendien (für Auszubildende und Studenten) müssen ein attraktives Mittel sein, um junge Menschen zu ermutigen, ihre Ausbildung fortzusetzen (unter Berücksichtigung der externen Unterbringungskosten).

Der **ML-CSP** hofft, dass Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen so weit wie möglich bevorzugt werden.

Im Bereich der Berufsausbildung gibt es nach wie vor zwei Probleme: Zum einen haben Jugendliche mit schulischen, sozialen und sprachlichen Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden, zum anderen werden ausländische Jugendliche weiterhin diskriminiert. Eine fehlende Ausbildung führt dazu, dass sich junge Menschen schwach und erfolglos fühlen, und verursacht hohe soziale Kosten. Jugendlichen, die nach Abschluss der Schulpflicht keine Lehrstelle finden, sollen Überbrückungskurse (10. Klasse) oder Vorlehrstellen angeboten werden. Die individuelle Unterstützung beim Beschäftigungsmanagement bietet gute Lösungen, die weiter verbessert werden müssen.

Das eidgenössische Bildungsattest (EBA) muss durch besondere Bedingungen auf kantonaler Ebene ergänzt werden, um die Berufsbildung für möglichst viele Jugendliche offen zu halten.

Die Zusammenarbeit von Ausbildungsbetrieben mit Lehrlingsverbänden kann Synergien schaffen und Kosten sparen.

WEITERBILDUNG UND HÖHERE BILDUNG

Viele gesellschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklungen - wie die Digitalisierung - können nur gemeistert werden, wenn jeder die Möglichkeit zum lebenslangen Lernen hat. Es ist daher notwendig, den Zugang zur Weiterbildung für alle zu verbessern, eine Weiterbildung, die auch heute noch nicht jeder aus Gründen, die mit seinem Lebenslauf zusammenhängen, oder einfach aus finanziellen Gründen in Anspruch nehmen kann. Die Unternehmen in unserem Kanton profitieren von einem hohen Ausbildungsniveau, das für die Attraktivität des Standorts Freiburg von grosser Bedeutung ist: Sie müssen daher zu dessen Finanzierung beitragen.

Trotz der ständig wachsenden Zahl von Studierenden bleiben die finanziellen Mittel für Stipendien unverändert. Dadurch wird es für Studierende aus benachteiligten Verhältnissen immer schwieriger, Zugang zur Hochschulbildung zu erhalten. Diesem Trend muss entgegengewirkt werden.

4. Eine starke und gesunde Wirtschaft stellt den Menschen in den Mittelpunkt

SICHERE ARBEITSPLÄTZE

Für die **ML-CSP** ist das Recht auf Arbeit ein Grundrecht. Sie setzt sich für die Entwicklung von Massnahmen für benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt wie junge Menschen, Frauen, ältere Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose ein.

Die **ML-CSP** fordert die Entwicklung von Arbeitsplätzen, die auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Sozialpartnerschaft und der Vereinbarkeit mit dem Familienleben beruhen. Unsere Arbeitswelt braucht eine Vielfalt von Arbeitsplätzen für Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen.

Der **ML-CSP** unterstützt kleine und mittlere Unternehmen (KMU), bei denen der Mitarbeitende und nicht das Kapital im Mittelpunkt steht. Schliesslich sind es die KMU, die die Grundlage unserer Wirtschaft bilden. Wir fordern Unterstützungsmassnahmen für kleine und mittlere Unternehmen und für die Gründung neuer Unternehmen, insbesondere solcher, die aktiv zur Energiewende beitragen.

FAIRE LÖHNE

Wo die Sozialpartnerschaft nicht zu funktionieren scheint oder noch nicht vorhanden ist, muss der Staat eingreifen, indem er einen kantonalen Mindestlohn einführt, wie dies bereits in mehreren Kantonen der Fall ist.

Zwischen den Geschlechtern gibt es nach wie vor grosse Lohnunterschiede. Das Bundesgesetz, das eine Selbstkontrolle der Lohngleichheit durch Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten vorsieht, geht nicht weit genug. Der Staat muss mit den Unternehmen - auch mit denen, die nicht der Selbstkontrollpflicht unterliegen - zusammenarbeiten, um mehr Lohngleichheit zu fördern, und sich auf jeden Fall weigern, mit Unternehmen zusammenzuarbeiten, die sich nicht an das Gesetz halten.

Die meiste unbezahlte Arbeit (Hausarbeit, Familienarbeit und ehrenamtliche Arbeit) wird von Frauen geleistet. Obwohl viele Kampagnen und Massnahmen bereits eine gewisse Wirkung gezeigt haben, bleibt noch viel zu tun, um eine gerechte Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erreichen. Wir brauchen flächendeckende, familien- und schulergänzende Kinderbetreuungseinrichtungen.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Ergebnisse der Wirtschaftsförderung, die darauf abzielte, durch steuerliche Hebelwirkung Unternehmen mit hoher Wertschöpfung anzulocken, haben nicht immer die Erwartungen erfüllt, und diese Bemühungen werden durch die jüngsten Entwicklungen in der internationalen Steuerpolitik (einheitlicher Mindestsatz, der von den G7-Ländern beschlossen wurde) noch vergeblicher sein. Es sind die Rahmenbedingungen, die das eigentliche Kapital unseres Kantons sind: Sie müssen gestärkt und noch mehr gefördert werden.

Es ist unabdingbar, den vielen gut ausgebildeten Jugendlichen in unserem Kanton Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen für qualifiziertes Personal anbieten zu können (Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge, keine prekären und schlecht bezahlten Arbeitsplätze). Der Kanton muss eine Strategie entwickeln und geeignete Standorte mit möglichst geringen Auswirkungen auf die Umwelt planen. Die koordinierte Arbeit mit der föderalen Deputation von Freiburg muss intensiviert werden, um die Interessen des Kantons zu verteidigen. Die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen müssen transparent und attraktiv sein und gleichzeitig ein Steuerdumping zwischen den Kantonen verhindern. Bevorzugt werden künftige umweltfreundliche Unternehmen.

Der Kanton muss Unternehmen unterstützen, die ihre Mitarbeitenden in den Mittelpunkt stellen, Lehrlinge und Menschen mit Behinderung einstellen.

Die Landwirtschaft macht eine schwierige Zeit durch, weil die Preise für Produkte, für die der Bund Mindestpreise garantiert hat, gesunken sind. Familienunternehmen, die bei ihrer Produktion die Umwelt respektieren, verdienen die Unterstützung der Verbraucher und des Staates. Der Kanton unterstützt Landwirte, die auf den biologischen Landbau umstellen wollen (vorübergehender Ertragsausfall) oder mit kurzen Kreisläufen arbeiten.

Die interkantonale Zusammenarbeit, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, muss in allen Bereichen fortgesetzt werden.

Freiburg muss dafür sorgen, dass das landwirtschaftliche Institut Grangeneuve enger mit Agroscope zusammenarbeitet, damit der Kanton Freiburg seine führende Stellung in der landwirtschaftlichen Forschung in der Schweiz beibehält. Die Forschung muss alle möglichen Synergien mit der Universität, den Fachhochschulen und den innovativen Unternehmen nutzen, damit beide von den Erfahrungen des jeweils anderen profitieren können. Der **ML-CSP** unterstützt die Entwicklung des Innovationsviertels Bluefactory in der Stadt Freiburg und andere ähnliche Projekte, die Entwicklung, Innovation und Beschäftigung im Rest des Kantons verbinden. Die **ML-CSP** möchte, dass der Kanton für die notwendige Infrastruktur sorgt. Nicht zu vergessen ist die Unterstützung von Start-ups, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind und jungen Menschen, die im Kanton ausgebildet werden, einen Arbeitsplatz bieten.

GERECHTE STEUER

Die Steuerpolitik unseres Kantons soll für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft sorgen und nicht nur darauf abzielen, die progressiven direkten Steuern abzubauen und sie zunehmend durch indirekte und degressive Steuern zu ersetzen, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist. Dies hat zu einer steuerlichen Umverteilung zum Nachteil der Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen geführt. Steuersenkungen schaffen keine Arbeitsplätze, sondern verstärken eher die negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. In den kommenden Jahren muss dieser Trend, Geringverdiener immer stärker und Grossverdiener immer weniger zu besteuern, durchbrochen werden.

5. Gewährleistung der Lebensqualität für alle

KULTUR UND SPORT

Wir wollen eine effiziente und unbürokratische Politik der Subventionierung von Kulturakteuren und Kulturakteurinnen im Laien- wie im Profibereich (ein einziger Ansprechschalter für alle und Schaffung einer einzigen Subventionsstelle, die alle für die Kultur bereitgestellten finanziellen Beträge vergibt)

Der Staat sollte Aufträge an Akteure und Akteurinnen aus Kunst, Kultur und Sport erhöhen, um Aktivitäten mit den Bewohnern und Bewohnerinnen zu entwickeln und die Angebote in diesen Bereichen in allen Regionen des Kantons zu harmonisieren (Feste, Turniere, Trainingseinheiten, temporäre Architektur, etc.)

Wir fordern die Ausweitung des Einsatzes der Caritas-Kulturlegi, um benachteiligten Menschen den Zugang zur Kultur zu ermöglichen.

Sport darf nicht die wichtigste Nebensache der Welt sein. Sport und Bewegung ermöglichen gesellschaftliche Veränderungen, für die wir uns einsetzen. Deshalb möchte die **ML-CSP** eine kantonale Strategie für Sport und körperliche Aktivitäten im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter und eine nachhaltige Entwicklung entwickeln.

Wir wollen für die Bevölkerung unseres Kantons qualitativ hochstehende Sportanlagen anbieten und bauen. Der Staat muss daher die Kommunen bei der Finanzierung von Sportstätten unterstützen.

SICHERHEIT UND GESELLSCHAFTLICHE KOHÄSION

Innere Sicherheit umfasst viele Aspekte des Alltagslebens. Die innere Sicherheit sollte dabei die Balance halten zwischen Bürgerrechten und Freiheiten (z.B. Datenschutz, Versammlungsrecht, Meinungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung etc.) auf der einen Seite und Eingriffsrechten und Präventivmassnahmen des Staates zum Schutze von Personen und gesellschaftlichen Regeln (Polizeieinsätze, Polizeikontrollen, Telefonüberwachung, Hausdurchsuchung, usw.) auf der anderen Seite.

Die Polizei und die Gerichte müssen über die geeigneten Mittel verfügen, insbesondere über digitale Hilfsmittel und eine angepasste Infrastruktur, sowie über gut ausgebildetes Personal und eine angemessene Anzahl von Mitarbeitenden, um ihre Arbeit bürgernah, effizient und schnell durchführen zu können. Ein Gerichtsverfahren darf sich nicht negativ auf die wirtschaftliche Lage der Freiburger Bürgerinnen und Bürger auswirken. In diesem Sinne fordert die **ML-CSP** eine vollständige Digitalisierung der kantonalen Justiz mit den notwendigen Ressourcen für diesen Übergang.

BürgerInnen mit einem Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung sollten in den Polizeidienst aufgenommen werden können.

Zur Prävention soll auch eine Zusammenarbeit mit den Familien, Jugend- und Sportvereinen, Schulen und Sozialdiensten angestrebt werden, um ein Abgleiten Jugendlicher in die Kriminalität zu verhindern. Eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit soll dazu beitragen.

6. Ein moderner und dynamischer Kanton

DEMOKRATISCHE RECHTE UND DYNAMISCHE POLITISCHE INSTITUTIONEN

Die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer auf kantonaler Ebene muss durch eine Verfassungsänderung gewährt werden. Die Bedingung, sich in der Schweiz aufzuhalten, um das Wahlrecht zu erhalten, sollte 5 Jahre nicht überschreiten.

Die Integrationsprogramme sollten durch die Nutzung von Synergien zwischen Verbänden und Interessengruppen und den kantonalen und kommunalen Behörden verstärkt werden.

Die **ML-CSP** unterstützt das Wahlrecht ab 16 Jahren im Kanton Freiburg.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG UND DIENSTLEISTUNGEN FÜR DIE BÜRGERINNEN

Die Verwaltung soll bürgernah, rationell und effizient sein, namentlich für jene, die sich im Dschungel von Gesetzen und Weisungen nicht zurechtfinden. Die Direktion für Gesundheit und Soziales hat einen Informationsdienst im Bereich der Sozialleistungen geschaffen, der in der Lage ist, die Bürger zu orientieren. Dieser Informationsdienst soll zweisprachig sein und Fragesuchende an die richtige Stelle verweisen.

Ein Übersetzungsdienst sollte auch den politischen Parteien und gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung stehen, damit die Verständigung zwischen den beiden wichtigsten kantonalen Sprachgemeinschaften erleichtert wird.

Der Grundsatz der Gleichstellung von Männern und Frauen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung, muss die Regel sein. Der Arbeitgeberstaat muss auch Job-Splitting und Jobsharing fördern.

Als Arbeitgeber muss die kantonale Verwaltung alle Anstrengungen unternehmen, um Menschen mit Krankheiten oder Unfällen in Beschäftigung zu halten und anderen Menschen mit Behinderungen neue Arbeitsplätze anzubieten.

Für alle Staatsangestellte schlagen wir 1 zusätzliche Ferienwoche vor (heute 5 Wochen) und 4 Wochen Vaterschaftsurlaub (heute 10 Tage), da das Personal in den letzten Jahren einen grossen Beitrag zum guten Funktionieren der Verwaltung und zur Verbesserung der Staatsfinanzen beigetragen hat. Letztere müssen darauf hinwirken, dass die Unternehmen des privaten Sektors ähnliche Bedingungen anbieten.

Unternehmen im Besitz des Kantons müssen ein Beispiel für Sozialpartnerschaft geben. Deshalb fordert unsere Partei, dass sie einen Gesamtarbeitsvertrag mit einer oder mehreren Gewerkschaften unterzeichnen.

Die politische Vielfalt von Parteien trägt zu neuen Lösungen von Problemen bei und ermöglicht eine bessere Vertretung von verschiedensten Gesellschaftsgruppen. Für die Arbeitnehmende aller Kategorien und kleine Selbständigerwerbende ist ein öffentliches Mandat mit der beruflichen Tätigkeit oft unvereinbar. Eine Entschädigung für den Verdienstaufschlag sollte es jedem ermöglichen, sich auf jeder Ebene politisch zu engagieren.

Der Wahlmodus im Grossen Rat und in den Generalräten soll Listenverbindungen, wie dies bei den Nationalratswahlen besteht, zulassen.

Die Arbeit im öffentlichen Interesse in Exekutiven und Legislativen auf kantonaler und Gemeindeebene soll besser anerkannt und aufgewertet werden.

Das Interesse für die öffentliche Sache soll durch innovative Mittel gefördert werden, unter allem bei Jugendlichen und Frauen.

Die Beteiligung junger Menschen sollte gefördert werden, damit sie die Möglichkeit haben, Projekte durchzuführen, bei denen sie sich einbringen können.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT UND FUSIONEN

Fusionsprojekte sollen Bevölkerungsprojekte sein und mehr als wirtschaftlichen und steuerlichen Begründungen haben. Auf demographische, soziale, historische und soziale Kriterien soll vermehrt geachtet werden. Wohngebieten sollen verdichtet gebaut werden, damit interessante Infrastrukturen besser ausgebaut werden können und die Mobilität und die Benützung des öffentlichen Verkehrs erleichtert wird.

Fusionen müssen partizipative Projekte sein, die die betroffenen Bevölkerungsgruppen einbeziehen. Vor allem das Fusionsprojekt der Kantonshauptstadt muss mit Nachdruck unterstützt werden. Die **ML-CSP** ist die einzige Partei, deren Sektionen in den betroffenen Gemeinden diesen Zusammenschluss unterstützen. Es müssen die erforderlichen Mittel für die Entwicklung der fusionierten Gemeinde bereitgestellt werden. Andererseits fordern wir, dass der Fusionsprozess partizipativ gestaltet wird, da dies für den Erfolg der Fusion von Grossraum Freiburg entscheidend ist.

Die unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden oder Regionen (Schulkreise, Orientierungsschulen, Alterspflege, Strassen, Abwasserreinigung) sollen weiterhin unterstützt werden. Dabei sollen Kooperationen, um effiziente Dienstleistungen z.B. bei den Gemeindepolizeien und der Feuerwehr, angeboten werden.

Die zusätzlichen Belastungen und Infrastrukturen der zentralen Gemeinden (Kultur, Hochschulwesen, hoher Anteil an Menschen mit niedrigem Einkommen, öffentlicher Verkehr) müssen anerkannt und die Mittel entsprechend verteilt werden.

Die Klärung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden muss weitergeführt und die Gesetze und finanziellen Auswirkungen entsprechend angepasst werden.

Der Generalrat soll ein echtes Parlament sein, demzufolge mehr Kompetenzen erhalten, damit in Achtung der Demokratie ein gerechter Ausgleich zwischen Exekutive und Legislative zustande kommt (beispielsweise in der Raumplanung, wo der Kanton Freiburg nebst dem Kanton Solothurn die einzigen sehr restriktiv sind, oder weiter das Motionsrecht, Untersuchungskommission,...)

Das Statut von offiziell zweisprachigen Gemeinden soll nicht nur wirtschaftlich begründet werden. Der Kanton sollte dabei die Rahmenbedingungen für Gemeinden, welche einen solchen Statut anstreben, verbessern und sie z.B. bei Übersetzungsarbeiten von offiziellen Dokumenten unterstützen.

Die **ML-CSP** setzt sich für eine umfassende Reflexion über die institutionellen Strukturen unseres Kantons ein, mit dem Ziel, die Regionen und ihre Entwicklung zu stärken.